

# Schulessen wird teurer – aber es gibt Rabatt

Kritik von Eltern und Schulen in Haren an Preiserhöhung

Tobias Böckermann

Das Schulesen wird für die Eltern einiger Harener Kinder deutlich teurer. Ein Geschwisterrabatt soll aber Abhilfe schaffen. Das hat der Stadtrat beschlossen.

Die Änderung der Schulverpflegung hatte im Vorfeld für Ärger gesorgt, spätestens als klar wurde, dass der Preis pro Essen von 3,50 auf 5,62 Euro steigen sollte. Der Vorgang ist kompliziert.

**Die Ausgangslage:** Bisher hatte die Harener Leuchtturm gGmbH das Essen für die Schulen geliefert. Etwa zehn Prozent der 2360 Schülerinnen und Schüler

nutzen in der Ganztagschule das Angebot des Schulesens, etwa ein Drittel von ihnen bekommt über das Bildungs- und Teilhabepaket für einkommensschwache Familien die Kosten erstattet. Die Stadt Haren zahlt pro Jahr 95 000 Euro als Sockelbetrag an den Konzessionsnehmer.

Die Idee erläuterte Erster Stadtrat Dieter Sturm. Demnach hat der Konzessionsnehmer vor einigen Monaten angekündigt, den Preis pro Essen um einen Euro anzuheben. „Wir haben dann in Abstimmung mit dem Stadtrat entschieden, das Schulesen komplett neu auszuschreiben.“ Darauf habe entgegen allen Erwartungen nur der bisherige Caterer ein

Angebot abgegeben. Für 5,62 Euro pro Portion. Man hatte mit einem Preis von 5 Euro gerechnet und sich dann entschieden, die 5,62 Euro zu akzeptieren – auch, um nach den Sommerferien nicht ohne Anbieter dazustehen.

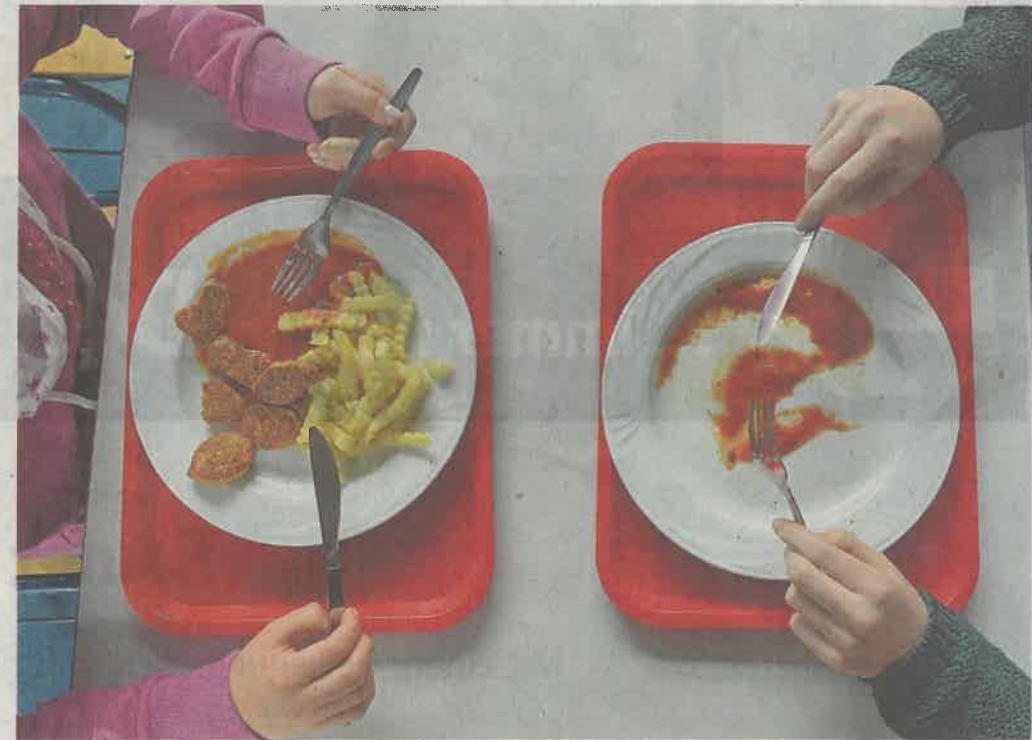
**Die Kritik:** Sie kam von vielen Seiten und wurde im Rahmen der Einwohnerfragestunde in der Stadtratssitzung unter anderem von Andrea Koopmann stellvertretend für Elternvertretungen und Schulen vorgetragen. Der Preis pro Mahlzeit sei auch im Vergleich zu anderen Kommunen exorbitant hoch und führe zu einer großen Belastung, sagte Koopmann. Man hätte das Verfahren frühzeitig stoppen müssen. Der Leiter der Grundschule Wesuwe hatte sich im Vorfeld ebenfalls sehr kritisch geäußert und eine Zwei-Klassen-Gesellschaft beim Mittagessen befürchtet.

**Antrag der SPD:** Die SPD hatte vor diesem Hintergrund den Antrag gestellt, das Schulesen stärker zu subventionieren und für alle unabhängig vom Einkommen bei 3,50 Euro Eigenbeteiligung pro Mahlzeit zu deckeln. Angesichts der deutlich gestiegenen Anforderungen unter anderem bei

der Qualität sei es ein Glücksfall, dass sich überhaupt ein Anbieter gefunden habe, sagte SPD-Ratscherr Heinrich Schepers. Der Anbieter habe die gestiegenen Kosten umlegen müssen – mit Verlust zu arbeiten sei nicht zumutbar. Kritik äußerte Schepers, selbst Vater zweier schulpflichtiger Kinder, an der „mangelhaften Kommunikation der Stadt“. Schulen und Elternvertreter seien erst informiert worden, als alles gelaufen gewesen sei. „Hier wurde nicht mit offenen Karten gespielt.“

**Der Antrag der CDU:** Auch die CDU empfindet 5,62 Euro pro Mahlzeit als für einen Teil der Familien zu hoch. Statt aber „mit der Gießkanne zu subventionieren“, wolle man einen gestaffelten Rabatt einführen, sagte Fraktionschef Holger Cosse.

Dabei lege man die Einkommen zugrunde, die auch bei der Bemessung der Kita-Beiträge im Emsland Anwendung fänden. In Stufe 0 werde das Essen über das Bildungs- und Teilhabepaket komplett bezahlt. Wer laut Steuerbescheid mindestens 51 129 Euro an positiven Einkünften pro Jahr habe, zahle den vollen Satz. Dazwischen solle es drei Stufen geben, in denen das Essen



Das Schulesen in Haren wird deutlich teurer (Symbolbild).

Foto: Ralf Hirschberger

3,50 Euro, 4 Euro oder 4,50 Euro kosten solle.

Nehmen mehrere Kinder einer Familie am Mittagessen teil, so erhöhe sich der Rabatt pro weiteres Essen um jeweils 50 Cent. Je nach Einkommen und Minderzahl könne der Durchschnittspreis für drei Kinder damit sogar unter den von der SPD geforderten 3,50 Euro liegen. Cosse verwies darauf, dass ohne den weiter bestehenden städtischen Zuschuss von 95 000 Euro jedes Essen sogar mehr als 8 Euro kosten würde. Die Stadt stelle weiter Küche und Bestellsystem. Der Anbieter müsse zeigen, dass der Preis gerechtfertigt sei.

**Die Entscheidung:** Die SPD kritisierte die Einkommensstaffelung als sozial ungerecht, die CDU verwies darauf, dass 90 Prozent der Eltern gar nicht gefördert wür-

den, weil deren Kinder zu Hause versorgt würden. Nach intensiver Debatte setzte sich die CDU mit ihrem Rabattmodell per Mehrheit durch.

Elternvertreterin Andrea Koopmann erkannte an, dass Versuche unternommen würden, den Preis für das Mittagessen an Schulen zu senken. Allerdings „wäre diese nachträgliche Schadensbegrenzung bei einer frühzeitigen Ausschreibung, gepaart mit einer offenen Kommunikation allen Beteiligten gegenüber, wohl gar nicht erst notwendig gewesen“. Die Stadt Haren habe eine Chance verstreichen lassen, dem Zertifikat „familienfreundlich“ ausdrucksvoll gerecht zu werden.

**Aber warum ist das Essen überhaupt deutlich teurer geworden?** Das erläuterte im Nachgang der Sitzung

SPD-Ratscherr Georg Berenzen. Er hatte sich als Inhaber der Leuchtturm gGmbH auf Grundlage des sogenannten Mitwirkungsverbot, das bei eigener Betroffenheit greift, nicht an den Beratungen beteiligt.

Berenzen verwies darauf, dass die Stadt mit ihrer Ausschreibung einen Teil des unternehmerischen Risikos (zum Beispiel bei Schulausfall) und die komplette Verwaltung des Schulesens auf den Konzessionsnehmer übertragen habe. Er müsse zum Beispiel eine zusätzliche Verwaltungskraft beschäftigen. An den Oberschulen müsse jetzt ein Sallatteller geliefert werden, an den Grundschulen ein zweites Menü, und das bei steigenden Qualitätsstandards. Die Auswahl durch die Eltern erfolge künftig sehr kurzfristig, was die Planung schwieriger mache.

## Hochwertige Lebensmittel

### Entscheidung in Meppen

In der Stadt Meppen verzichteten die Ratsfraktionen am Donnerstagabend auf Änderungen bei der Mittagsverpflegung von Kindern in Kindergärten und Grundschulen. Die Grünen hatten gefordert, in allen Gemeinschafts-Verpflegungseinrichtungen grundsätzlich Lebensmittel aus ökologischem Landbau einzusetzen. Lucia Reinert (CDU) verwies auf deutlich steigende Kosten

für die Eltern, die sich daraus ergeben würden, was dadurch einige Kinder von dem Angebot ausschließen würde. Sie verwies dabei auch auf die Diskussion in Haren. Einstimmig votierten die Ratsleute am Ende dafür, es bei einem Appell an die Einrichtungen zu belassen, auf hochwertige Lebensmittel zu setzen und die Schulen und Kitas in dieser Richtung zu sensibilisieren. *dgt*